

Post-/Briefanschrift: Stadt Paderborn · 33095 Paderborn  
Lieferanschrift: Stadt Paderborn · Am Abdinghof 11 · 33098 Paderborn

Piratenpartei Deutschland  
Landesverband Nordrhein-Westfalen  
c/o Guido Schaumann  
Fechtelstr. 11  
33100 Paderborn

Dienststelle Straßen- und  
Brückenbauamt  
Pontanusstraße 55  
Auskunft Herr Rüther  
Zimmer 1.15  
Durchwahl 05251 88-1846  
Telefax 05251 88-2004  
E-Mail a.ruether@paderborn.de

Datum und Zeichen Ihres Schreibens	Mein Zeichen und Schreiben vom	Datum
06.04.2010	66.11	06.04.2010

### Plakatierung zur Landtagswahl Nordrhein-Westfalen am 09.05.2010

Sehr geehrte Damen und Herren,  
sehr geehrter Herr Schaumann,

auf Ihr Schreiben vom 06.04.2010 wird hiermit für die Landtagswahl NRW 2010 die Aufstellung von Werbetafeln und Mastaufhängern für die Plakatgröße A0 für den Zeitraum **07.04.2010 bis 09.05.2010** an den üblichen Standorten genehmigt. Ich weise jedoch auf den Runderlass des Ministeriums für Verkehr, Energie und Landesplanung sowie des Innenministeriums vom 08.08.2003 für die Lautsprecher- und Plakatwerbung aus Anlass von Wahlen, Volksbegehren und Volksentscheiden in Nordrhein-Westfalen hin, danach ist Plakatwerbung unzulässig im Bereich von Kreuzungen und Einmündungen, vor Bahnübergängen und im Innenrand von Kurven; zudem darf die Plakatwerbung nach Ort der Anbringung sowie nach Form und Farbe der Plakate nicht zu Verwechslungen mit Verkehrszeichen und -einrichtungen Anlass geben oder deren Wirkung beeinträchtigen.

Bei Anbringung von Werbeträgern an Straßeneigentum, insbesondere an Straßenbäumen und an den Masten der Straßenbeleuchtung ist darauf zu achten, dass das Lichtraumprofil (50 cm von der Vorderkante Bordstein; an Geh- und Radwegen 20 cm von der Außenkante) freigehalten wird. Die Mindesthöhe beträgt 2,50 m. Die Befestigung an Brückengeländern und die Beschädigung von Straßenbäumen durch Annageln von Werbetafeln ist unzulässig; ebenso ist das Befestigen von Werbeträgern an Pfosten vorhandener Verkehrszeichen und -einrichtungen nicht erlaubt, weil hierdurch die Wirkung verkehrsregelder Einrichtungen herabgesetzt wird.

Das Aufstellen von Werbetafeln innerhalb des sog. Inneren Ringes im Gebiet südlich der Straßen Kisau/Mühlenstraße/Heiersstraße ist aus Gründen der Verkehrssicherheit nicht gestattet.

Ergänzend wird bemerkt, dass die Dienstkräfte des Straßen- und Brückenbauamtes angewiesen sind, alle Werbetafeln, die den vorgenannten Anforderungen sowie den Festlegungen des oben genannten Runderlasses nicht entsprechen oder zu sonstigen erwähnten Beanstandungen Anlass geben, verwaltungsseitig zu entfernen und bei dem städtischen Bauhof sicherzustellen, soweit für die Anbringung oder Aufstellung Straßengebiet in Anspruch genommen wird.

Ich bitte Sie daher zu veranlassen, dass die Plakatierung aus Anlass der Landtagswahl unter Einhaltung vorstehender Grundsätze erfolgt, sofern für die Anbringung oder Aufstellung Straßengebiet in

Anspruch genommen wird und darauf zu achten, dass die Plakatierung nach der Wahl **innerhalb einer Woche** nach dem Wahltag wieder abgebaut wird.

Im Hinblick auf einen reibungslosen Verkehrsablauf auf den Straßen der Stadt Paderborn gehe ich davon aus, dass Sie Verständnis für diese Maßnahmen haben.

Mit freundlichen Grüßen

i. A.

A handwritten signature in blue ink, consisting of a stylized first name followed by a long horizontal stroke.

Rüther

Anlage

**Lautsprecher- und Plakatwerbung aus Anlass von Wahlen,  
Volksbegehren und Volksentscheiden in Nordrhein-Westfalen**  
Gem. RdErl. d. Ministeriums für Verkehr, Energie und Landesplanung  
– III B 2 - 22-33 - u. d. Innenministeriums -11/20-10.10 –  
v. 8.8.2003

**1**

Nach § 33 Abs. 1 Nr. 1 Straßenverkehrs-Ordnung -StVO- ist der Betrieb von Lautsprechern, nach § 33 Abs. 1 Nr. 3 StVO auch die Plakatwerbung auf öffentlichen Straßen außerhalb geschlossener Ortschaften verboten, wenn dadurch Verkehrsteilnehmer in einer den Verkehr gefährdenden oder erschwerenden Weise belästigt oder abgelenkt werden können. Auch durch innerörtliche Werbung und Propaganda darf der Verkehr außerhalb geschlossener Ortschaften nicht in solcher Weise gestört werden.

Von diesem Verbot werden hiermit gem. § 46 Abs. 2 Satz 1 StVO für Lautsprecher- und Plakatwerbung

**1.1**

aus Anlass von Europa-, Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie

**1.2**

zur Vorbereitung oder Durchführung von Volksbegehren oder Volksentscheiden nach Art. 68 der Landesverfassung und nach dem Gesetz über das Verfahren bei Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid (VIVBVEG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Oktober 2004 (GV. NRW. S. 542 / SGV. NRW. 1111) die unter den Nrn. 2 und 3 aufgeführten Ausnahmen genehmigt. Die Ausnahmen gelten in den Fällen der Nr. 1.2 auch für Vereinigungen, die aus Anlass eines Volksbegehrens oder eines Volksentscheides tätig werden.

**2**

Abweichend von § 33 Abs. 1 Nr. 1 StVO darf

**2.1**

Lautsprecherwerbung nach Nr. 1.1 während der letzten 4 Wochen vor der Wahl, außer am Wahltag selbst, ( vgl. § 10 Abs. 3 Landes-Immissionschutzgesetz (LImSchG - SGV. NRW. 7121) sowie

**2.2**

Lautsprecherwerbung nach Nr. 1.2

**2.2.1**

bei Volksbegehren vom Tage der Veröffentlichung der Zulassung der Listenauslegung (§ 11 Abs. 1 VIVBVEG) bis zum Ablauf der Eintrags- oder Nachfrist (§§ 12 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2, 15 Abs. 2 VIVBVEG) und

**2.2.2**

bei einem Volksentscheid vom Tage der Veröffentlichung des Abstimmungstages bis zum Tage vor dem Abstimmungstag, nicht jedoch am Abstimmungstag (§ 25 VIVBVEG) selbst, unter Beachtung folgender Nebenbestimmungen durchgeführt werden:

- Die Lautsprecherwerbung darf nicht zur Gefährdung des Straßenverkehrs führen; sie muss insbesondere auf verkehrsreichen Straßen (z. B. Ortsdurchfahrten im Zuge der Bundesstraßen) sowie an Verkehrsknotenpunkten unterbleiben. Sie ist ferner unzulässig in der Zeit von 22.00 bis 7.00 Uhr und in Wohngebieten darüber hinaus auch während der Zeit von 13.00 bis 15.00 Uhr.

- Zur Verringerung der Lärmbelästigung sind Musikstücke zwischen den einzelnen Durchsagen so kurz wie möglich zu halten.

### 3

Abweichend von § 33 Abs. 1 Nr. 3 StVO darf

#### 3.1

Plakatwerbung nach Nr. 1.1 innerhalb einer Zeit von drei Monaten unmittelbar vor dem Wahltag

#### 3.2

Plakatwerbung nach Nr. 1.2 während des in Nr. 2.2 genannten Zeitraumes außerhalb geschlossener Ortschaften

unter Beachtung folgender Nebenbestimmungen durchgeführt werden:

- Die Plakatwerbung ist unzulässig im Bereich von Kreuzungen und Einmündungen, vor Bahnübergängen und am Innenrand von Kurven.

- Die Plakatwerbung darf nach Ort und Art der Anbringung sowie nach Form und Farbe der Plakate nicht zu Verwechslungen mit Verkehrszeichen und -einrichtungen Anlass geben oder deren Wirkung beeinträchtigen. Auf §33 Abs. 2 StVO wird hingewiesen.

- Vor Beginn der Plakatwerbung sind die für die Durchführung von § 45 StVO zuständigen Straßenverkehrsbehörden über die Vorhaben der Plakatwerbung zu unterrichten, damit diese Behörden ggf. die für die Sicherheit des Verkehrs erforderlichen zusätzlichen Auflagen jeweils nach den örtlichen Gegebenheiten festlegen können.

### 4

Die Ausnahmegenehmigungen nach Nrn. 1 bis 3 werden unter dem Vorbehalt des jederzeitigen Widerrufs erteilt. Für den Widerruf in Einzelfällen sind die Bezirksregierungen zuständig.

### 5

Soweit die Träger der Straßenbaulast oder die Straßenbaubehörden oder die Gemeinden zur Erteilung von Erlaubnissen, Zustimmungen oder Genehmigungen befugt sind (vgl. §§ 8, 9 Bundesfernstraßengesetz (FStrG - BGBl. III 911-1), §§ 18,19, 25 bis 28 Straßen- und Wegegesetz des Landes Nordrhein-Westfalen (StrWG NRW - SGV. NRW. 91)), wird gebeten, entsprechend zu verfahren, sofern es sich nicht um Bundesautobahnen handelt. Es wird ferner gebeten, von der Erhebung von Sondernutzungsgebühren abzusehen.

### 6

Der Gem. RdErl. v. 29.6.1979 –SMBl.NRW. 922- wird aufgehoben.

**MBL. NRW. 2003 S. 1010, geändert durch RdErl. v. 4.3.2005 (MBL.NRW. 2005 S. 431).**